

# Die Rechnung ohne den Wirt gemacht!

Von E. Noldus.

Im Juni 2019 wurde vor dem Landgericht Krefeld der Raubüberfall auf eine 84jährige Frau im Oktober 2018 verhandelt. Der 27jährige Haupttäter gestand, den Überfall zur Finanzierung seiner Drogensucht begangen zu haben. Allerdings bestritt er jegliche Gewaltanwendung. Die auf einen Rollator angewiesene Frau starb schließlich im Krankenhaus an den Folgen eines erlittenen Sturzes.

Vorher konnte sie noch Angaben zum Tathergang machen. Auch war durch eine Videokamera erwiesen, daß die Rentnerin ihre Handtasche um den Rollator geschlungen hatte.

Der Verteidiger wollte in seinem Plädoyer lediglich einen Diebstahl erkennen und forderte sechs Monate Haft. Allerdings hatte er die Rechnung ohne den Wirt (bzw. den Richter) gemacht. Das Gericht sprach den Hauptangeklagten wegen Raubes mit Todesfolge schuldig und verhängte eine Freiheitsstrafe von elf Jahren. Leider ist das Urteil noch nicht rechtskräftig, weil die Verteidigung Einspruch einlegte.

Laut rp-online.de vom 6. 6. 2019 war der Haupttäter 2013 aus Serbien nach Deutschland eingereist und hatte einen Asylantrag gestellt. Dabei wurden seinerzeit auch seine Fingerabdrücke erfaßt. Wenig später allerdings hatte er den Antrag zurückgezogen und als Wohnungsloser im Bundesgebiet gelebt.

Über den Mittäter, einem 15jährigen, wurde weiter nicht berichtet. Dessen Verfahren wurde abgetrennt, um die Erkenntnisse aus dem Verfahren gegen den Haupttäter abzuwarten (wdr.de vom 5. 6. 2019).

Endlich einmal können wir über einen Fall berichten, in welchem die Einordnung der Tat (als Raub mit Todesfolge) nicht mit dem Blick auf die Resozialisierung des bedauernswerten Täters erfolgte. Hoffentlich bleibt es in der nächsten Instanz dabei.

Leider ist auch hier zu beobachten, wie lange das Verfahren nach der Tat (Oktober 2018) gedauert hat – und es ist ja noch nicht abgeschlossen. Deshalb hat die NRW-Landesregierung (laut WAZ vom 3. 1. 2019) beschlossen, nach der Schaffung von 1135 neuen Stellen im Jahre 2018 auch 2019 neue Stellen im Justizwesen zu schaffen (494 Stellen). Ziel ist die Entlastung von Richtern und Staatsanwälten. Der Deutsche Richterbund veranschlagt dazu bundesweit 2000 Stellen mit der Begründung, vor allem die Staatsanwaltschaften hätten sich zum Nadelöhr bei der Strafverfolgung entwickelt.

**Migration schafft Arbeitsplätze in Merkel-Deutschland!**